Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 47 — Freitag, 27. Januar 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. allg. Anzeigenabschluß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Minister Warmbold spricht zum Handwerk

Große Kundgebung des Handwerks in Hannover

Berlin, 27. Januar. Der Reichsverband des deutschen Handwerks veranstaltete heute vormittag eine öffentliche Kundgebung, zu der u. a. Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, Reichskommissar für das Handwerk und Kleingewerbe, Ministerialrat Dr. Hoppe, sowie verschiedene Reichstags- und Landtagsabgeordnete erschienen waren.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold

überbrachte der Tagung die Grüße der Reichsregierung. In den vielfach erhobenen Vorwürfen, daß die Regierung das Ausmaß der wirtschaftlichen und seelischen Not im Handwerk und im gesamten Mittelstand nicht kenne und daß sie dieser Not tatenlos zusehe, erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß diese Vorwürfe nicht berechtigt seien. Die Regierung sei über die Lage des Handwerks völlig unterrichtet. Was die von der Reichsregierung erbetenen Maßnahmen anlangt, so führte der Minister aus:

Zugunsten der gewerblichen Genossenschaften hat die Reichsregierung Bürgschaften im Rahmen von 65 Millionen RM. zur Verfügung gestellt.

Weiterhin sind diesen gewerblichen Kreditgenossenschaften 82 Millionen RM. als verlorene Zuschüsse zugeführt worden, und die Reichsregierung hat beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, diese Hilfe um einen letzten weiteren verlorenen Zuschuß in Höhe von 28 Millionen RM. zu erweitern. Zur Deckung derjenigen Verluste gewerblicher Genossenschaften, die aus ihrem landwirtschaftlichen Kreditgeschäft erwachsen sind, werden im Zuge der Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 20 Millionen RM. verwendet werden. Für die sogenannte Kleinkreditaktion hat die Reichsregierung der Bank für deutsche Industrieobligationen 40 Millionen RM. in Form von Reichsschatzanweisungen zugeführt.

um Kredite an das mittlere und kleine Gewerbe zu ermöglichen.

Die für die Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden bereitgestellten 50 Millionen RM., deren Erhöhung um weitere 50 Millionen RM. zugesagt ist, werden vornehmlich den handwerklichen Betrieben zugute kommen. Arbeitsbeschaffung dieser Art ist die vordringlichste Hilfe für das Handwerk. Keine Regierung könne den Mittelstand davon befreien, so führte der Minister weiter aus, die Not der Gesamtwirtschaft zu seinem Teil mitzutragen. Bei der Erwägung wirtschaftspolitischer Maßnahmen müsse die Reichsregierung die Wirkung auf die Gesamtheit prüfen und die Rücksicht auf das Ganze entscheidend sein lassen. Diese Pflicht sei um so eindringlicher, je größer die wirtschaftliche Not allenthalben sei und je unerbittlicher sie jede Schicht der Bevölkerung erfasse. Unter diesem Gesichtspunkt werde die Reichsregierung auch den Wünschen des Handwerks nähertreten, und sie werde diese Wünsche mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit prüfen.

Der Präsident des Instituts für Konjunkturforschung,

Professor Dr. Wagemann,

sprach über „Handwerk und Volkswirtschaft". Die technischen Maßnahmen, die das Handwerk zur Anpassung an veränderte Produktionsbedingungen in der Nachkriegszeit getroffen hat, so sagte der Redner, spiegeln sich darin wider, daß von den Gesamtinvestitionen des Handwerks in den fünf Jahren 1924 bis 1928 von etwa rund 1,27 Milliarden RM. rund 705 Millionen RM. auf Anlagenausbau entfallen. Die handwerkliche Neuinvestition machte somit in den Jahren 1924 bis 1928 etwa ein Siebentel der gesamten industriellen Neuinvestition aus.

Die Wirtschaftsstärke des Handwerks bewährt sich besonders in der Krise.

Es ergibt sich nämlich, daß das handwerkliche Umsatzvolumen im vergangenen Wirtschaftsabschnitt weniger stark gesunken ist als die industrielle Bruttoproduktion. Die gewerbliche Bruttoproduktion ist 1931 auf einen Stand gesunken, der um 40 % unter 1928 liegt, im Handwerk dürfte der Rückgang dagegen schätzungsweise nur etwa 30 % betragen haben. Während der Staat der Großwirtschaft vielfach mit Subventionen beispringen mußte, hat er das Kleingewerbe weit mehr auf Selbsthilfe gestellt. Immerhin hat die Reichsregierung neuerdings nicht unbeträchtliche Mittel eingestellt, die vornehmlich dem Handwerk zugute gekommen sind.

Mit 3,7 Millionen Beschäftigten hat das Handwerk an der Gesamtzahl der in der gewerblichen Gütererzeugung tätigen Personen einen Anteil von 29 % und ist an der Zahl der Erwerbstätigen überhaupt mit fast einem Zehntel beteiligt.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Schlosserhandwerks, Obermeister François (Magdeburg), sprach zum Thema der Arbeitsbeschaffung. Er sagte,

das Handwerk müsse die Beseitigung der Hauszinssteuer fordern.

Das Handwerk fordere weiter stärkere Berücksichtigung bei der Vergebung von Arbeiten, insbesondere durch die Reichspost, die Reichsbahn und die Heeresverwaltung. Es erhebe Einspruch gegen die Maßnahmen vieler Gemeinden, die in dieser Notzeit Handwerkerrechnungen nicht bezahlten, und gegen den durch Notverordnung geschaffenen Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft. Der Präsident der Handwerkskammer Bayreuth, Baumeister Keil, referierte über das Thema Schwarzarbeit. Er bezeichnete die Schwarzarbeit als das Krebsübel in der Notlage des Mittelstandes.

Ueber die Einschränkung der Gewerbefreiheit sprach der Drechslerobermeister Feuerbaum, Dortmund, als Vorsitzender des Westfälisch-Lippeschen Handwerksbundes. Obermeister Kunzsch, Dresden, als Vorsitzender des Landesausschusses des sächsischen Handwerks sprach über Oeffentliche Hand, Arbeitsdienst und Siedlung. Eine Entschließung über die behandelten Probleme wird den zuständigen Reichs- und Wirtschaftsstellen zugeleitet werden.

Das Ringen um die Freundschaft Ungarns

Französisch-italienische Rivalität im Donauraum

Berlin, 27. Januar. Das Zusammentreffen der Könige von Südslawien und Rumänien, das dieser Tage in Sinaia stattfand, trug ganz das Gepräge der hochpolitischen Monarchenbegegnungen der Vorkriegszeit. Der rumänische Außenminister Titulescu stellte zwar in Bukarest in Abrede, daß der Begegnung eine besondere Bedeutung zukomme, gleichzeitig gab er aber dem Vertreter eines ungarischen Blattes Erklärungen über politische Ziele im Donauraum, die unbedingt das Gesprächsthema von Sinaja gebildet haben müssen.

Titulescu wirbt um Ungarn,

dem er Freihäfen in Rumänien und überhaupt wirtschaftliche und auch minderheitenrechtliche Erleichterung im Rahmen einer Entente verspricht, die außer den drei Staaten der Kleinen Entente auch Oesterreich umfassen würde. Dabei betrachtet er den sogenannten Tardieuplan, der die Mitteleuropa-Erörterungen des vorigen Jahres beherrscht hat, aber von der Mehrzahl der Beteiligten abgelehnt worden ist, nach wie vor als richtunggebend, wenn nicht in seinen Einzelheiten, so doch in den Grundgedanken. Es hat sich schon bei dem Streit um den Nichtangriffspakt zwischen Rumänien und Rußland gezeigt, daß Titulescu, der fähigste und gewandteste Diplomat Rumäniens, die Politik Tardieus im Gegensatz zu derjenigen Herriots vertritt und sich damit durchsetzt. Diese Politik

überschneidet sich gerade in Mitteleuropa mit den Interessen, die Italien sehr aktiv verfolgt,

und man wird auch das Intrigenspiel, das gegenwärtig „am Rande" der Genfer Ratstagung wegen der Waffensendungen nach Ungarn im Gange ist, mit dieser Rivalität zu erklären haben. Wegen der Enthüllungen über einen Transport von angeblich 80 000 Gewehren und 200 Maschinengewehren, der von Italien nach Ungarn auf den Weg gebracht worden sein soll, droht die Kleine Entente, wahrscheinlich mit dem gleichen geringen Erfolg wie vor genau fünf Jahren bei der Szent-Gothard-Affäre, mit einem überstaatlichen Untersuchungsverfahren. Der französischen Gruppe ist offenbar jedes politische Druckmittel, auch wenn es bedenklich nach einem Mißbrauch der Völkerbundsmaschinerie aussieht, im Kampfe gegen den „Revisionismus" willkommen.

Vor der Entscheidung des Aeltestenrates

Um die Auflösungsorder

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Jan. Mit welchen Beschlüssen die heute nachmittag um 3 Uhr beginnende Aeltestenratssitzung enden wird, steht im Augenblick noch immer vollkommen dahin. Die Parteien halten mit Ankündigungen über ihre Stellungnahme zunächst noch zurück, und die Regierung betont nach wie vor, daß sie unbedingt eine Klärung herbeiführen wolle. Interessant ist, daß man jetzt regierungsseitig erklärt, die Regierung wolle auch eine alsbaldige Entscheidung herbeiführen um zu sehen, wie sich der Reichspräsident zu ihr stelle, d. h. sie will zunächst einmal feststellen, ob sie vom Reichspräsidenten überhaupt eine Auflösungsorder bekommen würde. Aus diesen Angaben schließt man in politischen Kreisen, daß die Stellung des Kabinetts Schleicher tatsächlich erschütterter sei, als man es bisher annahm. Zugleich würde das die Aussichten der Berufung eines Kabinetts der Harzburger Front erhöhen. Mit Entscheidungen des Reichspräsidenten dürfte aber frühestens erst am Sonnabendnachmittag zu rechnen sein, und auch nur dann, wenn der Aeltestenrat nicht eine langdauernde, von der Regierung als wohlwollend aufzufassende Vertagung beschließt.

Der Osthilfe-Unterausschuß

Berlin, 27. Januar. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, hat der zur Klärung der Osthilfefragen bestimmte Unterausschuß des Haushaltausschusses des Reichstages in seiner ersten Sitzung am Donnerstag nur über seinen Arbeitsplan beraten. Der Ausschuß hat dabei beschlossen, sich von verschiedenen Fällen die Akten vorlegen zu lassen, um sie an Hand der Akten selbst durchzuarbeiten. Für die anderen Fälle will sich der Ausschuß ein gemeinsames Gutachten vom Reichskommissariat für die Osthilfe und vom Rechnungshof erstatten lassen. Damit das Ergebnis der Arbeiten nicht zu lange auf sich warten läßt, wurde beschlossen, dem Haushaltausschuß Zwischenberichte zu erstatten. Zum Berichterstatter wurde Abgeordneter Heinig (Soz.) bestimmt. Der Unterausschuß hält seine nächste Sitzung am Dienstag ab und erwartet dann bereits die Vorlegung der Akten.

Minderheitenfragen vor dem Außenausschuß

Berlin, 27. Januar. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags setzte heute die gestern abend unterbrochenen vertraulichen Verhandlungen fort. Zunächst wurden Minderheitenfragen besprochen. Den Verhandlungen wohnte auch der Reichsaußenminister mit seinen Beamten bei. Die Beschlußfassung über eingebrachte Anträge, insbesondere zu den Fragen des Deutschtums im Auslande soll in der nächsten Sitzung stattfinden, deren Einberufung dem Vorsitzenden überlassen wurde, die aber sobald wie möglich stattfinden soll.

Handwerksvertreter beim Reichspräsidenten

Berlin, 27. Januar. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute eine Abordnung des deutschen Handwerks. Sie berichtete dem Herrn Reichspräsidenten über die Lage des deutschen Handwerks und unterbreitete Vorschläge zur Besserung des vorhandenen Notstandes.

Neuer Leiter des Berliner Rundfunks

Berlin, 27. Januar. Der bisherige stellvertretende Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, Wilhelm Wagner, ist zum Geschäftsführer der Berliner Funkstunde bestimmt worden.

Schwere Brandkatastrophe in Detmold

Drei Tote, zehn Verletzte

Detmold, 27. Januar. Im Erdgeschoß des dreistöckigen Hotels „Zur Traube" brach am Freitag früh um 3 Uhr ein Großfeuer aus, das sich binnen kurzer Zeit auf alle drei Stockwerke ausdehnte. Die im Hotel wohnenden fünfzehn Personen, die zum Teil im tiefen Schlaf lagen, flohen auf das Dach und sprangen von dort aus auf die niedriger liegenden Dächer der Nebenhäuser. Mehrere Kabarettkünstler, die in dem Hotel ihr Heim hatten, konnten sich jedoch nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen. Morgens gegen 8 Uhr waren zwei Tote und zehn Verletzte geborgen. Das Gebäude ist vollständig ausgebrannt. Die Feuerwehr hatte bei der starken Kälte sehr schwere Arbeit, weil die Schlauchleitungen dauernd zufroren und die Uniformen vereisten.

Von den Todesopfern konnten erst bei einem die Personalien festgestellt werden. Es ist die 19jährige Tänzerin Gertrud Skinikl. Eine zweite Tote trug einen Trauring, doch konnte man ihre Personalien noch nicht ermitteln. Eine dritte Frau wird zur Zeit noch vermißt, so daß mit der Möglichkeit eines dritten Todesopfers gerechnet werden muß.

Ein zweites Großfeuer

Detmold, 27. Januar. Während die Feuerwehr noch mit der Löschung des Brandes im Hotel „Zur Traube" beschäftigt war, kam in dem benachbarten Dorf Heiligenkirchen Feuer aus. Das im Jahre 1732 erbaute Fachwerkhaus des Köllerhofes und die angrenzenden Stallungen waren bald in ein riesiges Flammenmeer verwandelt und brannten nieder. Trotz Einsatzes der Detmolder Motorspritze sind auch die Ernte vorräte mit verbrannt. Nach den bisherigen Feststellungen ist ein Schaden von etwa 100 000 Mark entstanden. Das Feuer ist wahrscheinlich durch eine schadhafte Stelle im Schornstein entstanden. Das Vieh erlitt teilweise Brandwunden.